

Bürgerinitiative für Verkehrsberuhigung und Waldschutz



Frau Hanka Mittelstädt
Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft,
Umwelt und Verbraucherschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 2–13
14467 Potsdam

Anliegen der Bürgerinitiative zum Erhalt wertvoller Natur- und Klimaschutzstrukturen in Zeuthen

Sehr geehrte Frau Ministerin Mittelstädt,

als Bürgerinitiative für Verkehrsberuhigung und Waldschutz Zeuthen wenden wir uns heute in tiefer Sorge um den Zustand und die Zukunft des Natur- und Klimaschutzes in unserer Gemeinde direkt an Sie. Zeuthen führt im Wappen auch einen stolzen, grünen Laubbaum mit mächtiger Krone. Die Realität kommunaler und regionaler Infrastrukturplanungen droht diese grüne Identität jedoch derzeit schrittweise, aber radikal zu zerstören.

Wir beobachten in Zeuthen eine verhängnisvolle Entwicklung, bei der Umwelt-, Klima- und Naturschutzbelange systematisch der bequemen Planung und Errichtung von Verkehrs- und Gewerbeprojekten untergeordnet werden. Anstatt intakte Ökosysteme und alte Baumbestände in Zeiten unbedingt notwendiger Klimafolgenanpassung als lebensnotwendige Helfer bei Kühlung, Beschattung, Wassermanagement, CO₂-Speicherung und Anbieter von Wohlfahrtswirkungen für den Menschen zu schützen, droht unserer Gemeinde eine Welle von Flächenversiegelungen und Massenfällungen. Wir möchten Sie auf drei zentrale Komplexe aufmerksam machen, die in ihrer Summe einem unkontrollierten Raubbau an der Natur gleichkommen:

1. Befürchtete Rodung des Hankelwaldes – von Kommunal- und Kreispolitik forciert:

Im Rahmen der Überlegungen zur Beseitigung des Bahnüberganges Forstweg ist die Rodung des Hankelwaldes glücklicherweise weder beschlossen noch planfestgestellt. Eine solche Trassenführung durch den Wald wird jedoch von den Vertretern der Gemeinde Zeuthen und dem Landkreis Dahme-Spreewald mit Nachdruck als Wunschvariante einer neuen Landesstraße präferiert und vorangetrieben. Wie wir in unserem parallelen Schreiben an das Verkehrsministerium detailliert dargelegt haben,

geschieht dies teils mit zweifelhaften Mitteln – unter anderem auf Basis von verfahrensrechtlich fehlerhaften Vergaben, unbelegten Modellrechnungen zu Rettungszeiten sowie einer gezielt zugunsten der Schneise am Hankelweg konstruierten Bewertungsmatrix. Dieser innerstädtische Klimaschutzwald dient als essenzieller Lärm- und Sichtschutz, als Naherholungsraum, als Rückzugsort für die Artenvielfalt, als Baustein für den Schutz des Bodens und des Grundwassers, als Aufnahmespeicher für Starkregenereignisse, sowie als unersetzlicher CO₂- und Feuchtigkeitsspeicher. Besonders gravierend ist, dass die Untere Forstbehörde (Dienststelle Forstamt Dahme-Spreewald) in ihrer offiziellen Stellungnahme die Inanspruchnahme dieses Waldareals explizit und vollständig ablehnt. Dennoch wird diese waldzerstörende Option von der Kommunal- und Kreispolitik weiter forciert.

2. Drohender Kahlschlag von über 240 historischen Alleeebäumen an der Seestraße (L401):

Ein erschütterndes Beispiel für den fehlenden Willen zum baumschonenden Bauen ist der vorgesehene grundhafte Ausbau der Seestraße. Nach dem jüngsten Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg sollen für eine Straßenerneuerung und eine Asphaltierung rund 244 zwischen 80 und 100 Jahre alte Linden- Ahorn- und sonstige Alleeebäume gefällt werden. Wie nationale Berichterstattungen (u. a. eine große Reportage in der *Süddeutschen Zeitung* vom 21. Juli 2026) verdeutlichen, sorgt dieser Beschluss für Entsetzen in der Bevölkerung. Es wird ignoriert, dass die Bautechnik in den 10 Jahren der Planung weiter vorangeschritten ist. Eine Kombination aus veränderter Planung und dem Einsatz sanfterer Reparaturmethoden im Wurzelbereich der Alleeebäume würden es ermöglichen, die Reststandzeit der Allee weiter auszuschöpfen – wie es vor Jahren in der benachbarten Lindenallee erfolgreich vorgelebt wurde. Der zugesagte Ersatz durch Jungbäume ist reine Augenwischerei: Neueren Fachgutachten zufolge erreichen nachgepflanzte Bäume in verdichteten Straßenräumen heutzutage kaum noch ein Alter von mehr als 40 bis 60 Jahren und können die ökologische Kühl- und Filterleistung eines 100-jährigen Baumes über Jahrzehnte nicht ersetzen. Das Mikroklima des Standortes verschlechtert sich über Jahrzehnte dauerhaft. Ein Ausgleich der vorhandenen ökologischen Leistungsfähigkeit ist durch den unzureichenden Ansatz von Kompensationsmaßnahmen in Zeuthen nicht mehr zu erreichen.

3. Kontrovers diskutierter Neubau eines Edeka-Marktes auf der Feuchtwiese:

Als dritter Baustein dieser Umweltzerstörung stehen Bestrebungen für eine Bebauung und großflächige Versiegelung einer örtlichen Grünfläche mit Feuchtwiesenanteil und der bisherigen Funktion einer Frisch- und Kaltluftschneise, für einen neuen, groß dimensionierten Edeka-Einkaufsmarkt inklusive riesigem Parkplatz im Raum. In Zeiten, in denen der Erhalt von Retentionsflächen, das Schwammstadt-Prinzip und der Schutz von Feuchtgebieten zur Grundversorgung gegen Starkregen und Hitzeereignisse gehören müssten, droht hier wertvoller Naturraum für Parkplatzflächen, Gewerbe, und Wohnungsbau geopfert zu werden. Außerdem droht die konkrete Gefahr, das Ortsbild um eine alte Dorfkirche und einen sozialen Hotspot (4 Kitas, eine Bibliothek, ein Jugendclub) herum, erheblich zu verändern und zusätzlichen Verkehr in den Bereich der Dorfaue hineinzuziehen.

Unser Appell an Sie:

Diese Summe an Eingriffen führt bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu einer tiefen Ohnmacht, Hilflosigkeit und Politikverdrossenheit. Wenn geschützte Alleen geschleift, Kaltluftschneisen versiegelt, Feuchtwiesen trockengelegt und zukunftsfähige Klimaschutzwälder für neue Straßen gerodet werden sollen, verliert das Land Brandenburg seine eigenen Klimaschutzziele aus den Augen. Bäume und intakte Naturräume sind unsere wirksamsten Verbündeten gegen sommerliche Hitzeinseln, Dürren, Starkregenereignisse und den absehbaren Wassermangel in Brandenburg.

Die Kommunen in Brandenburg sind wiederum sehr wichtige Verbündete zur Durchsetzung der Klimaschutzziele und aller daraus erwachsenden Anpassungsmaßnahmen der Landespolitik.

Wir bitten Sie als Umweltministerin des Landes Brandenburg eindringlich:

1. Setzen Sie sich im Kabinett und gegenüber dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) dafür ein, dass beim Vergabe- und Prüfprozess zur Bahnquerung in Zeuthen die klare Ablehnung der Unteren Forstbehörde respektiert wird und die von der Kommunalpolitik präferierte Rodung des Hankelwaldes frühzeitig unterbunden wird.
2. Prüfen Sie mit den Ihnen unterstehenden Umwelt- und Naturschutzbehörden alle rechtlichen und fachlichen Handlungsspielräume, um den Schutz von geschützten Alleen (§ 17 BbgNatSchG) sowie wertvollen Feuchtgebieten in der kommunalen Praxis wieder mit der notwendigen Konsequenz durchzusetzen.
3. Untersuchen Sie Möglichkeiten, wie das Land Brandenburg Kommunen dabei unterstützen kann, Infrastrukturmaßnahmen umwelt- und baumschonend umzusetzen, anstatt auf Kahlschlag- und Großversiegelungsplanung zu setzen.

Wir stehen Ihnen und Vertretern Ihres Hauses jederzeit sehr gerne für ein persönliches Gespräch oder einen Ortstermin in Zeuthen zur Verfügung, um Ihnen die dramatische Lage vor Ort zu zeigen.

Für Ihre Unterstützung beim Schutz unserer Heimat und Natur danken wir Ihnen im Voraus herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative für Verkehrsberuhigung und Waldschutz Zeuthen

i.A. Alexander Hain